

Presseschau vom 11.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Damian Wilson: Tony Blair hält Vorträge: Kein Wort über seine Rolle beim völkerrechtswidrigen Angriff auf Irak

Der ehemalige britische Premierminister Tony Blair sieht sich als ein Koloss auf der Weltbühne: Klimaheld, Friedensstifter und Denker unserer Zeit. Ihm scheint nicht bewusst zu sein, dass viele Menschen ihn als einen Kriegsverbrecher sehen, der vor Gericht gehört. ... https://kurz.rt.com/2nk6

Armin Siebert: Afghanistan-Experte: "Kein einziger Talib war an islamistischen Anschlägen im Ausland beteiligt"

Kaum ein Deutscher kennt Afghanistan so gut wie Reinhard Erös. Der Oberstarzt a.D. der Bundeswehr war schon vor 35 Jahren als Arzt während des sowjetisch-afghanischen Krieg am Hindukusch. Heute betreibt er dort mit seiner Stiftung Schulen und Universitäten. Erös sagt, mit den Taliban kann und muss man zusammenarbeiten. ...

https://snanews.de/20210911/afghanistan-experte-reinhard-eroes-3528181.html

Seyed Alireza Mousavi: Zwanzig Jahre nach 9/11: Verschiebung der US-Außenpolitik und neue Weltordnung

Der Misserfolg des Westens bei der Durchsetzung seiner Agenda in der Welt bringt nun auch US-Amerikaner zum Umdenken ihrer Strategie von einer "wertebasierten" Politik hin zu

einem realpolitischen Kurs. Die USA sind nun auch bereit, selbst mit der Taliban-Bewegung Kompromisse zu suchen, auch wenn sich die Taliban noch nicht offiziell von al-Qaida distanziert haben, die der Westen als Hauptinitiator von 9/11 darstellt. ... https://kurz.rt.com/2nkg

de.rt.com: Geld für Nawalny-Bewegung? Gute Idee! – Jürgen Trittin tappt in Telefon-Falle

Nach Norbert Röttgen wurde auch Jürgen Trittin Opfer eines Anrufs des berüchtigten russischen Prankster-Paars Wowan und Lexus. Obwohl der Politiker im Gespräch etwas misstrauisch wirkte, konnten die Scherzbolde ihm ein Eingeständnis entlocken. ... https://kurz.rt.com/2nlk

de.rt.com: Magazin über smarte Zukunft bereits heute: Leben ohne Kontakt aus Angst vor Ansteckung

Keine Science Fiction und keine negative Utopie, sondern Wirklichkeit: Immer mehr Menschen vermeiden in allen Lebensbereichen den Kontakt mit anderen. Die digitale Technik soll dabei helfen. Was in der COVID-19-Pandemie als notwendig gilt, wird mit der Digitalisierung verstärkt gefördert. ...

https://kurz.rt.com/2ndx

Tom Fowdy: **Der Kampf um Brüssel zwischen Washington und Peking wird weitergehen** Innerhalb der EU gibt es über den Umgang mit Peking unterschiedliche Ansichten. Die Mitgliedsstaaten der Union müssen erkennen, dass es bei der Entwicklung einer Strategie nicht immer der beste Weg ist, den USA zu folgen. China und die EU stehen an einem Scheideweg. ...

https://kurz.rt.com/2nd4

abends/nachts:

snanews.de: Russisches Außenministerium zu US-Botschafter: Einmischung in Angelegenheiten Moskaus unzulässig

Das russische Außenministerium hat am Freitag den US-Botschafter John Sullivan gewarnt, dass eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Moskaus kategorisch inakzeptabel sei. Der amerikanische Diplomat hat sich heute mit dem stellvertretenden Leiter des Ministeriums, Sergej Rjabkow, getroffen. Gesprächsthemen seien die bilateralen Beziehungen sowie die Einmischung Washingtons in die russischen Wahlen gewesen, hieß es. "Im Gespräch wurde betont, dass die russische Seite im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen zur Staatsduma unwiderlegbare Beweise für Verstöße gegen die russische Gesetzgebung durch die amerikanischen 'Digitalgiganten' besitze", teilte das russische Außenministerium mit.

Die Sprecherin des Ministeriums, Maria Sacharowa, sagte, sie hoffe, dass amerikanische Diplomaten in Washington den Grund für die Vorladung von Sullivan in das Ministerium erfahren.

"Ich habe drei Versionen der Vorladung des US-Botschafters beim russischen Außenministerium gelesen. Das Außenministerium hat ihn einbestellt und kennt somit den wahren Grund der Einbestellung. Es gibt nur einen Grund – Einmischung in die russischen Wahlen", schrieb sie in ihrem Telegram-Kanal.

Die Pressemitteilung der amerikanischen Botschaft, die nur oberflächlich auf das Gesprächsthema hingewiesen habe, sei "völlig realitätsfern", sagte Sacharowa. Die Abstimmungen zur Duma und zu anderen Wahlen in Russland finden dieses Jahr vom 17. bis 19. September statt. Seit Juli sei die Zahl potenziell gefährlicher Einflussnahme auf die

Ressourcen der Zentralen Wahlkommission um das Zweieinhalbfache gestiegen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/12/1757005 0:0:3112:1751 1920x0 80 0 0 eb600a0d1 fd82a9e787b20cce23b8015.jpg

de.rt.com: Nach Streit um Briefwähler: Meinungsforschungsinstitut Forsa verklagt Bundeswahlleiter

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa zieht gegen den Bundeswahlleiter vor Gericht. Geklärt werden soll die Frage, ob Meinungsforschungsinstitute das Abstimmungsverhalten von Briefwählern in Umfragen veröffentlichen dürfen. Nach Auffassung des Bundeswahleiters ist dies unrechtmäßig.

Zwischen dem Bundeswahlleiter und dem Meinungsforschungsinstitut Forsa gibt es einen Rechtsstreit um die Frage, ob die Daten von Briefwählern für die Erhebung der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl erhoben werden dürfen. Eine Gerichtssprecherin des Verwaltungsgerichts Wiesbaden bestätigte am Freitag der Nachrichtenagentur AFP den Eingang eines entsprechenden Eilantrags und einer Klage.

Umfrageinstitute stellen zufällig ausgewählten Bürgern regelmäßig die Frage: "Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, wen würden Sie wählen?" Forsa fragt dabei auch, ob jemand bereits per Briefwahl gewählt hat und für wen man gestimmt hat.

Daraufhin hat Bundeswahlleiter Georg Thiel Forsa in einem Schreiben vom 24. August dazu aufgefordert, im Zusammenhang mit der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl keine Umfrageergebnisse mehr zu veröffentlichen, in denen die Ergebnisse der Briefwahl mit einbezogen sind. Nach Auffassung Thiels ist dies nach dem Bundeswahlgesetz unzulässig. Dort steht:

"Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Wahlentscheidung ist vor Ablauf der Wahlzeit unzulässig."

Abstimmungsdaten dürfen demnach nicht vor dem Wahltag, dem 26. September, ab 18 Uhr verwendet werden. Wie der Business Insider schreibt, hat Thiel die

Meinungsforschungsinstitute darauf hingewiesen, dass die Abfrage der Wahlentscheidung von Briefwählern nicht rechtmäßig sei, und mit Bußgeldern in Höhe von bis zu 50.000 Euro gedroht. Thiel befürchtet, dass das Wahlverhalten der noch Unentschlossenen mit solchen Umfragen in unzulässiger Weise beeinflusst werden könnte.

Nach Ansicht von Forsa-Chef Manfred Güllner bezieht sich der Passus des Wahlgesetzes aber nur auf die Befragung am Wahltag selbst – also etwa bei Umfragen beim Verlassen der Wahllokale. Bereits früher sei die Befragung von Briefwählern mit in die Umfrageergebnisse eingeflossen – ohne dass besonders kenntlich gemacht wurde, wie die Briefwähler abstimmten, so der Forsa-Chef gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Güllner erklärte weiter:

"Heute ist dies bei einem erwarteten Briefwähleranteil von 40 bis 50 Prozent sogar besonders wichtig, weil es Abweichungen des Stimmverhaltens von Urnen- und Briefwählern gibt."

In der kommenden Woche erwarte Güllner eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts.



https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613b947f48fbef1ab32212b0.jpg

snanews.de: Berlin und Peking besprechen Afghanistan-Krise und europäischchinesische Beziehungen

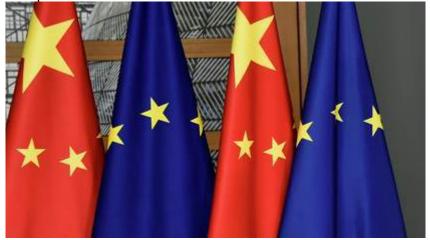
Bundeskanzlerin Angela Merkel und der chinesische Präsident Xi Jinping haben am Freitag miteinander telefoniert. Dabei sind mehrere internationale Themen wie die Krise in Afghanistan, die Beziehungen zwischen Peking und Brüssel sowie die Corona-Pandemie erörtert worden.

Die beiden sprachen insbesondere über die Entwicklung in Afghanistan, so der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert. Laut Xi will Peking sich gemeinsam mit Berlin und der internationalen Gemeinschaft um Frieden und Stabilität in Afghanistan bemühen. Auch Fragen der Wirtschaft und der internationale Klimaschutz im Vorfeld der UN-Klimakonferenz seien auf der Agenda gewesen.

So hat Xi nach Angaben des Senders CCTV im Gespräch Merkel dazu aufgerufen, sich in der EU für eine angemessene China-Politik einzusetzen. Der Staatschef hoffe, dass das Investitionsabkommen beider Seiten bald ratifiziert werde.

Die EU hatte zuvor wegen Chinas Umgang mit Uiguren Sanktionen gegen das Land verhängt, das mit Gegensanktionen unter anderem gegen europäische Politiker und

Forschungseinrichtungen reagierte. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sagte im Juni, dass Chinas Menschenrechtsbilanz das Hauptproblem darstelle, das das Land von der EU trenne und es zu einem systemischen Rivalen für den Block mache. Chinas Sanktionen gelten nun als das Hindernis für eine Billigung des Abkommens durch das Europäische Parlament.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/12/1338078 0:0:2667:1500 1920x0 80 0 0 13639ad74

dcdda41c7b83a6cbfe0b1ce.jpg

de.rt.com: Nord Stream 2 fertiggestellt - Vorteile im Überblick

Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 ist nun vollständig abgeschlossen. Bis Jahresende soll sie in Betrieb genommen werden. Nord Stream 2 hat mehrere Vorteile im Vergleich mit dem Gastransit durch die Ukraine, da die Gaspipeline moderner, grüner und günstiger ist. Nach vielen Diskussionen und Problemen ist die Gaspipeline Nord Stream 2 fertiggestellt. Bald wird sie in Betrieb genommen – eine gute Nachricht für Deutschland und andere EU-Staaten. Erstens ist die Strecke der Pipeline um 2.000 Kilometer kürzer im Vergleich zu den aktuellen Routen der russischen Gaslieferung nach Europa, worauf auch der russische Präsident Wladimir Putin hinwies.

Zweitens ist Nord Stream 2 viel umweltfreundlicher. Die Gaspipeline werde dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, so Anton Beloglasow, der im russischen Zentrum für strategische Forschung für Industrieforschung zuständig ist.

Drittens ist der Gaspreis für den Endverbraucher viel niedriger dank der modernen Kompressorstationen, von denen nun weniger gebraucht werden. Vor Ort kostet Gas etwas über 600 US-Dollar.

Viertens wurden die Produktionsstätten für den Gastransport durch die alten Gaspipelines in den 1970er Jahren entwickelt. Jetzt sind diese Vorkommen erschöpft und zeichnen sich durch sinkende Produktion aus (wie zum Beispiel die Rohstoffvorkommen in Norwegen). Für Nord Stream 2 wurden in Jamal neue Rohstoffvorkommen mit riesigen Reserven erschlossen. Trotzdem werde Gazprom den geltenden Vertrag mit der Ukraine erfüllen und 40 Milliarden Kubikmeter pro Jahr bis Ende des Jahres 2024 durch die Ukraine liefern, so der russische Präsident. Allerdings sei es für Gazprom rentabler, Gas ausschließlich durch Nord Stream 2 zu liefern.



https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613b874db480cc65e029799e.JPG

snanews.de: "Unprofessionell": Lawrow kritisiert Vorschlag von Berlin und Paris zu Treffen im Normandie-Format

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat sich am Freitag bei einer Journalisten-Veranstaltung zu dem Vorschlag von Berlin und Paris geäußert, sich in New York am Rande der UN-Vollversammlung im Rahmen des sogenannten Normandie-Formats zu treffen. "Jetzt schlagen unsere Kollegen aus Deutschland und Frankreich vor, dass sich die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands in New York am Rande der UN-Vollversammlung treffen. Und wir führen ein Gespräch mit ihnen, um herauszufinden, wie sie das finden, was Selenski (der ukrainische Präsident – Anm. d. Red.) und sein Team betreiben, indem sie einfach alles durchstreichen, legal ihre Möglichkeiten

durchstreichen, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. Sie sagen: 'Nein, wir müssen uns nun zusammensetzen und dann schauen.' Nun, dieses Gespräch ist absolut nicht ernst und unprofessionell", sagte Lawrow.

Er fügte hinzu, dass die westlichen Partner die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen von Russland fordern würden, wobei das Dokument besagen würde, dass die Konfliktparteien Kiew, Donezk und Lugansk seien.

"Wir fragen sie sogar direkt: 'Könnten Sie uns bitte erklären: Wenn Sie von Russland die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen verlangen, wer sind Ihrer Meinung nach die Konfliktparteien?' Sie werden es nicht glauben, wissen Sie, was die Antwort ist? Behalten wir diese Antwort auch weiterhin auf der Ebene der konstruktiven Zweideutigkeit", so Lawrow weiter.

In einer solchen Situation sich zu treffen sei, "naja, sich selbst nicht zu respektieren". "Weil diese Leute (die ukrainische Seite – Anm. d. Red.) weder die Minsker Vereinbarungen noch die Beschlüsse des Normandie-Gipfels in Paris vom Dezember 2019 (Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine – Anm. d. Red.) erfüllen wollen, sie wollen es einfach nicht", resümierte der russische Außenminister.

Seit knapp sieben Jahren kontrollieren die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine Teile der Gebiete entlang der russischen Grenze. UN-Schätzungen zufolge wurden seitdem im Konflikt mehr als 13.000 Menschen getötet. Der 2015 in Minsk unterzeichnete Friedensplan, der auf den ersten Minsker Vereinbarungen vom September 2014 aufbaut, enthält Maßnahmen zur Regulierung des Konflikts zwischen Kiew und den selbsternannten Volksrepubliken. Die Vereinbarungen liegen jedoch auf Eis.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/45798 0:59:2991:1741 1920x0 80 0 0 4ed007d34f c5533235183819d9684746.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. September 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 10. September 3:00 Uhr bis 11. September 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.). In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Leninskoje.** Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 38. In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Biden zum Gedenken an 9/11: "Einheit ist Stärke der USA"

20 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat Joe Biden die nationale Einheit als "größte Stärke" der USA gepriesen. Der Präsident besucht am Jahrestag die Anschlagsorte, um der Opfer der Verbrechen zu gedenken.

Anlässlich des Gedenkens an die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA hat Präsident Joe Biden die nationale Einheit als größte Stärke der Vereinigten Staaten bezeichnet. In den Tagen nach den Anschlägen sei heldenhaftes Handeln, Widerstandskraft und "ein wahres Gefühl der nationalen Einheit" demonstriert worden, sagte Biden in einer am Freitagabend veröffentlichten Videobotschaft. Der 78-Jährige sagte weiter:

"Im Kampf um die Seele Amerikas ist Einheit unsere größte Stärke. Einheit bedeutet nicht, dass wir an das Gleiche glauben müssen. Wir müssen einen grundlegenden Respekt und Vertrauen haben."

Der Präsident wollte am Sonnabend, dem 20. Jahrestag der Anschläge mit rund 3.000 Toten, die drei damaligen Tatorte besuchen. Biden wollte zunächst Ground Zero in New York besuchen, dann die Absturzstelle des vierten entführten Flugzeugs bei Shanksville (Pennsylvania) und schließlich das Pentagon bei Washington. Er werde dabei keine Rede halten, sondern die Orte besuchen, um den Opfern seinen Respekt zu erweisen, hieß es. Die Anschläge hätten eine Generation dazu motiviert, dem Land zu dienen und es auch gegen Terrorismus zu schützen, sagte Biden weiter. Jeder, der den USA Schaden zufügen wolle, müsse Folgendes wissen:

"Wir werden Dich jagen, fassen und Dich zur Rechenschaft ziehen."

Dies gelte heute, morgen und für immer, betonte er. Nach den Anschlägen vor 20 Jahren, deren offizielle Darstellung nach wie vor von Vielen bezweifelt wird, begannen die USA mit einer Reihe von überwiegend völkerrechtswidrigen militärischen Interventionen, die mit dem chaotischen Abzug aus Afghanistan vor wenigen Wochen zu einem vorläufigen Ende gekommen zu sein scheinen.

Biden kritisierte, nach den Anschlägen seien auch "die dunkleren Kräfte der menschlichen Natur" zum Vorschein gekommen, nämlich "Angst und Wut". Es habe etwa Vorurteile und Gewalt gegen amerikanische Muslime gegeben, gegen "wahre und gläubige Anhänger einer friedlichen Religion", sagte Biden. Das Land dürfe sich aber nicht spalten lassen. "Die Einheit ist das, was uns ausmacht - Amerika von seiner besten Seite."



https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613c42f4b480cc46e15b2095.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 11. September um 9:00 Uhr 10.306 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 7954 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 1016 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 10. September wurden in der DVR 777 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 325 positiv, bei 70 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 12. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 59.787 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7257 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 48.133 als gesund entlassen, es gibt 4897 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 225 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 20 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 137 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2700 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 925 mit Sauerstoffunterstützung (+74 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2252 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Als Vergeltung: Israels Luftwaffe greift Ziele der Hamas im Gazastreifen an** Nach eigenen Angaben haben die israelischen Luftstreitkräfte als Vergeltung einige Hamas-Objekte im Gazastreifen angegriffen.

"Als Reaktion auf die heute Abend aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuerten Raketen haben wir soeben einen Maschinengewehrposten, ein Lager und ein Militärgelände der Hamas getroffen", teilte die israelische Luftwaffe am Samstag früh via Twitter mit. Die Hamas sei für alle von Gaza ausgehenden terroristischen Anschläge verantwortlich, hieß es weiter. In Israel wurde am Freitagabend ein Raketenalarm wegen eines möglichen Angriffs in den Gebieten an der Grenze zum Gazastreifen ausgelöst. Nach Angaben des israelischen Militärs konnte die aus dem Gazastreifen auf ein israelisches Gebiet abgefeuerte Rakete durch das

Nach einer langen Pause kam es vor einer Woche erneut zu Konfrontationen zwischen Israelis und Palästinensern an der Grenze zum Gazastreifen. Dabei wurde ein Palästinenser getötet und 15 weitere Menschen wurden verletzt. Bei dem elftägigen militärischen Schlagabtausch im Mai wurden laut offiziellen Angaben 13 Menschen auf israelischer und 255 auf palästinensischer Seite getötet. Ägypten vermittelte eine Waffenruhe, die am 21. Mai in Kraft

israelische Raketenabwehrsystem "Iron Dome" abgefangen werden.

trat.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/0b/3540476 0:0:3073:1728 1920x0 80 0 0 281fb420e 935efee8573c1c29311f9cc.jpg

Dnr-sckk.ru: **Durch Beschuss wurden ein Mann und eine Frau in Dokutschajewsk verletzt**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde heute unter Einsatz von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen 120mm-Mörsern und Schützenpanzern Dokutschajewsk angegriffen.

Infolge des Beschusses wurden Einwohner, die sich in der Leninstraße 41a befanden, verletzt: - eine Frau, geb. 1962 (Prellungen und Hautabschürfungen am unteren Drittel der linken Schulter);

- ein Mann, geb. 1956 (zahlreiche Splitterverletzungen am Gewebe des obersten Drittels des linken Unterarms und am linken Unterschenkel, Fremdkörper sind eingedrungen). Die Verletzten sind inzwischen im zentralen Stadtkrankenhaus von Dokutschajewsk, wo sie die notwendige Behandlung erhalten.

Die Versuche der DVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Die genauen Umstände des Geschehens werden noch ermittelt.

nachmittags:

snanews.de: "NYT" entdeckt Video mit Opfer von US-Drohnenschlag in Kabul: "IS-Bombe" in der Tat nur Wasser?

Bei einer Untersuchung der Zeitung "New York Times" sind Videobeweise entdeckt worden, die Zweifel an der Erklärung der USA über einen Drohnenangriff gegen ein mutmaßliches Ziel des Islamischen Staates in Kabul Ende August aufkommen lassen. Bei der Attacke sollen demnach ein Afghane und sieben Kinder getötet worden sein.

Ende August flogen die USA in der afghanischen Hauptstadt Kabul mit einer Drohne einen Luftangriff auf ein "verdächtiges Fahrzeug", mit dem ein Afghane, Zemari Ahmadi, unterwegs war. Bei der Attacke wurden zehn Menschen, darunter sieben Kinder, getötet. Das Video zeigt Beweise, dass Ahmadi als Elektroingenieur für eine US-

Nichtregierungsorganisation "Nutrition and Education International" arbeitete. Auf dem Video ist zu sehen, wie er in einem weißen Firmenwagen Toyota Corolla Essen an die Afghanen liefert, die durch den Krieg vertrieben wurden.

Die Untersuchung der Zeitung ergab, dass am 29. August Ahmadi sein Haus verließ, wo er mit seinen drei Brüdern und ihren Familien zusammenlebte, um seine Kollegen und den Laptop seines Chefs abzuholen. Das US-Militär vermutete damals, das Auto hätte einen

geheimen Unterschlupf des Islamischen Staates verlassen.

Was das US-Militär als verdächtig bewertete, seien Ahmadis tägliche Aktivitäten gewesen, so der Bericht.

Die US-Vertreter könnten fälschlicherweise angenommen haben, dass Ahmadis Toyota Corolla Sprengstoff enthalten habe, der gegen die US-Truppen in Kabul eingesetzt werden sollte. Jedoch sei Ahmadi seinen beruflichen Aufgaben nachgegangen. Ahmadi habe seine Kollegen und Wasserbehälter vom Büro nach Hause gebracht, weil in seiner Nachbarschaft Wassermangel herrschte, heißt es weiter.

Während das US-Militär bisher nur drei zivile Opfer anerkannt hat, sagten die Verwandten von Ahmadi, dass bei dem Angriff zehn Mitglieder ihrer Familie, darunter sieben Kinder, getötet worden seien. In dem Bericht heißt es unter Verweis auf einen Verwandten, die Kinder hätten die Gewohnheit gehabt, Ahmadis Auto zu umzingeln, wenn er nach Hause gekommen sei.

"Alle waren unschuldig", sagte Emal, Ahmadis Bruder. "Sie sagen, er war der IS, aber er arbeitete für die Amerikaner."

Der Vorsitzende des gemeinsamen Oberkommandos der US-Streitkräfte Mark Milley sagte, die Verfahren seien korrekt befolgt worden und bezeichnete die Attacke als einen "gerechten Angriff". Das Militär machte keine Angaben zu weiteren Opfern und verwies auf die Notwendigkeit, eine interne Bewertung abzuschließen.

Kurz vor dem Rückzug aus Afghanistan hatten die US-Truppen mit einer Drohne ein Kraftfahrzeug vernichtet, in dem sich nach US-Angaben Sprengstoff sowie eine Gruppe von Selbstmordattentätern befunden hätten. Ein Taliban**-Sprecher hatte den Drohnenangriff in Kabul als unrechtmäßig verurteilt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/03/3457263 0:160:3073:1888 1920x0 80 0 0 154ea39 c3b45c6dfea34b9fe49344a33.jpg

dnr-sckk.ru: Nach genauen Informationen wurden durch den Beschuss der BFU auf **Dokutschajewsk** folgende Wohnhäuser beschädigt:

- Pereulok Kommunalnyj 10, Wohnung 2 (Dach beschädigt);
- Uliza Gribnaja 3 (Dach und Decke eines Wirtschaftsgebäudes).

Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort, um die Folgen zu erfassen.

de.rt.com: Russische Lebensmittelexporte steigen weiter an – Türkei und EU größte Abnehmer

Der russische Agrarsektor hat in diesem Jahr ein beeindruckendes Wachstum der Auslandsverkäufe zu verzeichnen. Das zeigen Daten des russischen Landwirtschaftsministeriums. Die größte Menge der Exporte entfiel auf die Türkei, die EU und China.

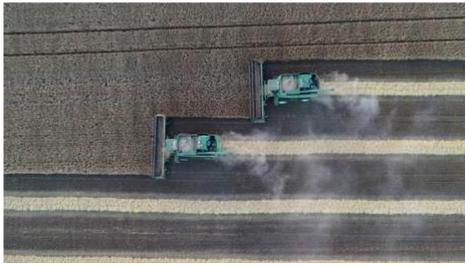
Bis zum 5. September dieses Jahres beliefen sich die Exporte russischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf mehr als 20,5 Milliarden US-Dollar, was einem Wachstum von 17,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Das geht aus den jüngsten Daten des AgroExport-Zentrums des russischen Landwirtschaftsministeriums hervor.

Die Getreideexporte stiegen in dem genannten Zeitraum um 13,4 Prozent, da die russischen Landwirte Erzeugnisse im Wert von über 6,185 Milliarden US-Dollar ins Ausland verkauften, während die Verkäufe im Fett- und Ölsektor um 43,9 Prozent auf 4,531 Milliarden US-Dollar anstiegen. Die Ausfuhren von Fleisch und Milcherzeugnissen stiegen um 26,5 Prozent auf 927 Millionen US-Dollar.

Gleichzeitig verzeichneten die Ausfuhren von Fisch und Meeresfrüchten einen bescheidenen Zuwachs von sieben Prozent und beliefen sich auf insgesamt 3,492 Milliarden US-Dollar, während der Export von Produkten der Lebensmittel- und Pharmaindustrie 927 Millionen US-Dollar ausmachte, was einem deutlichen Zuwachs von 26,5 Prozent entspricht. Die Türkei und die EU waren in diesem Zeitraum die größten Käufer russischer Agrarerzeugnisse, auf die 12,8 Prozent beziehungsweise 11,8 Prozent der russischen Gesamtausfuhren entfielen. Die Türkei steigerte ihre Käufe russischer Nahrungsmittel um 32,8 Prozent auf 2,619 Milliarden US-Dollar, während die Ausfuhren in die EU um 30,8 Prozent auf 2,427 Milliarden US-Dollar anstiegen.

Die Ausfuhren nach China, dem drittgrößten Abnehmer, gingen dagegen um 7,1 Prozent auf 2,343 Milliarden US-Dollar zurück und machten damit 11,4 Prozent der gesamten russischen Auslandsverkäufe aus.

Südkorea, Kasachstan, Ägypten, Weißrussland, die Ukraine, Usbekistan und Saudi-Arabien gehörten ebenfalls zu den zehn größten Abnehmern russischer Agrarerzeugnisse in diesem Jahr.



https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613c76a748fbef01c90124b1.jpg

snanews.de: Chef von ukrainischem Gaskonzern warnt Deutschland vor russischer geopolitischer Waffe

Deutschland wird dem Chef des ukrainischen staatlichen Energiekonzerns Naftohas Jurij Witrenko zufolge bald erfahren, wie Russland Gas als eine geopolitische Waffe einsetzt. Dies teilte er auf dem Forum "Yes Brainstorming" am Samstag mit.

"Was wird Europa diesen Winter tun? Die Nord Stream 2 AG hält die europäische Gesetzgebung nicht ein, Gasreserven sind auf einem historischen Minimum, und Russland erpresst. Wahrscheinlich zum ersten Mal in der Geschichte wird Deutschland doch spüren, wie es ist, wenn Gas als eine geopolitische Waffe gegen Deutschland eingesetzt wird, gegen solche grundlegenden Bausteine der deutschen Gesellschaft wie Rechtsstaatlichkeit."

Die Vereinigten Staaten könnten laut Witrenko den Betrieb der Gaspipeline Nord Stream 2 auch nach ihrer Inbetriebnahme blockieren, wenn sie Sanktionen verhängen würden. Falls die US-Regierung Sanktionen einsetze, würden europäische Unternehmen kein Gas über diese Pipeline beschaffen, so Witrenko. Somit würde Nord Stream 2 nicht funktionieren. Der russische Konzern Gazprom gab am Freitag die Fertigstellung der Gasleitung Nord Stream 2 bekannt. Durch Nord Stream 2 sollen künftig bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr nach Deutschland und in weitere EU-Länder fließen. Das Projekt mit einem geschätzten Wert von 9,5 Milliarden Euro wird von der Nord Stream 2 AG umgesetzt, deren einziger Aktionär der russische Staatskonzern Gazprom ist. Seine europäischen Partner – Royal Dutch Shell, OMV, Engie, Uniper und Wintershall – finanzieren das Projekt jeweils mit 950 Millionen Euro und decken somit die Hälfte der Kosten. Die USA stemmen sich gegen das Projekt, weil sie darin eine Konkurrenz für ihr Flüssigerdgas sehen, und haben Nord Stream 2 jahrelang mit Sanktionen bekämpft. Zu den Projektgegnern zählen auch einige europäische Staaten und das Transitland Ukraine.

Moskau bezeichnet Nord Stream 2 als ein Wirtschaftsprojekt, das im Interesse Russlands und der EU liege, und hatte mehrmals vor seiner Politisierung gewarnt. Russland verspricht, auf die Ukraine als Gastransitland auch nach dem Ende des aktuellen Transitabkommens im Jahr 2024 nicht verzichten zu wollen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/05/14/2183128 0:92:3072:1820 1920x0 80 0 0 c6102161 be5388b6fffb5708313d7a6a.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 11.09.2021** In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer zweimal den zweiten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung verletzt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade zweimal **Leninskoje** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und 38 Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Straftruppen der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij das Artilleriefeuer mit 122mm-Geschützen auf **Dokutschajewsk** eröffnet und sechs Artilleriegranaten abgefeuert, außerdem haben sie mit 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen geschossen.

Infolge der terroristischen Aktivitäten der Kämpfer der 93. Brigade wurden Zivilisten, geb. 1962 und 1956, verletzt, die sich in der Leninstraße 41a befanden. Die Verletzten wurden in das zentrale Stadtkrankenhaus von Dokutschajewsk eingeliefert, wo sie die notwendige Behandlung erhielten, außerdem wurden zwei Häuser in der Uliza Gribnaja 3 und dem Pereulok Kommunalnyj 10 beschädigt.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Beschuss unter Einsatz einer Drohne geleitet wurde und die ukrainischen Terroristen die Zivilisten deutlich sahen, die sie beschossen. Die Drohne wurde von unseren Luftabwehreinheiten vernichtet, danach endete der Beschuss. Im Zusammenhang mit den erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zur Einstellung des Feuers von Seiten der BFU einzusetzen, waren die Einheiten der Volksmiliz zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik entsprechend den Punkten "e" und "d" der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung gezwungen, das Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu eröffnen.

Die Feuerstellungen, von denen aus der Gegner auf friedliche Einwohner der Republik schoss, wurden vernichtet. Nach Angaben unserer Aufklärung betrugen die Verluste der ukrainischen Kämpfer, die Dokutschajewsk beschossen, einen Toten und drei Verletzte. Außerdem beschossen Kämpfer der 25. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs **Sentschenko Werchnetorezoje** und **Oserjanowka** mit 120mm-Mörsern und feuerten insgesamt 22 Mörsergeschosse ab.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feuereinstellung ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf die Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Außerdem wurde die Stationierung von neun Haubitzen "Giazint-B" am Rand von Chlebodarowka und eines Schützenpanzerwagens in einem Wohngebiet von Starognatowka aus dem Bestand der 93. Brigade festgestellt, was eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ist.

Außerhalb der speziell vorgesehenen Lagerorte, außerhalb der Abzugslinie wurden an der Eisenbahnstation in Satschatowka die Stationierung von 12 Artilleriegeschützen 2S1 "Gwosdika" und von 12 T-64-Panzern bemerkt.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission unter Einsatz einer Station der elektronische Kriegsführung "Bukowel-AD" aus dem Bestand des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 93. und 128. Brigade in den Gebieten von Tschermalyk und Lebedinskoje zu verhindern.

Kämpfer der 93. Brigade haben 14 Antipanzerminen TM-62 entlang einer allgemeinen Straße an der Ausfahrt aus Starognatowka installiert, Kämpfer der 10. Brigade 34 Antipanzerminen am Rand von Trawnewoje.

Die ukrainischen Besatzer erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste aufgrund eigener Nachlässigkeit.

So gab es gestern auf den Positionen des 2. Bataillons der 93. Brigade im Gebiet von Granitnoje einen Brand, bei dem ein Unterstand vernichtet wurde, zwei ukrainische Kämpfer erlitten Brandverletzungen.

Nach uns vorliegenden Informationen griff das Feuer vom Raum zwischen den Positionen, der von den Besatzern in Brand gesetzt worden war, um ihn von Minensperren zu säubern und unsere Positionen in Brand zu setzen, auf die Positionen der Kämpfer über.

Aber die Straftruppen berücksichtigten nicht die Änderung der Windrichtung in ihre Richtung, was zu den Verlusten führte.

Nicht unwichtig ist, dass das ukrainische Personal, das sich auf den Positionen befand, unsere Verteidiger des Geschehens beschuldigt. Aber eine Ermittlungsgruppe des militärischen Rechtsordnungsdienstes stellte fest, dass der Brand unter Nutzung einer Brandgemischs entstanden war, dass mit Hilfe von Glasbehältern und eines Katapultes von ukrainischen

Kämpfern in den Raum zwischen den Positionen geschleudert worden war und dann mit Leuchtmunition entzündet worden war.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die Arbeit einer Ermittlungsgruppe des SBU im Raketenartilleriewaffendienst des Stabs der OOS und im Feldartillerielager der operativ-taktischen Gruppierung "Ost" im Gebiet von Wolnowacha erhalten.

Die Mitglieder der Gegenaufklärung ermitteln die Ursache dafür, dass unbrauchbare Munition für großkalibrige Maschinengewehre, Unterlauf- und automatische Granatwerfer an die Frontpositionen der ukrainischen Streitkräfte geliefert worden war.

Gemäß den Beschwerden der ukrainischen Kämpfer, die Anlass für die Überprüfung waren, hat die vom Artillerielager eintreffende Munition klare Anzeichen von Korrosion und in 30% der Fälle ist eine Ladehemmung vorhanden, was es nicht erlaubt in Salven zu schießen und damit die Kampffähigkeit der Truppen erheblich absenkt.

Hauptursache des Geschehens ist die unrichtige Lagerung der Munition im Lager der operativ-taktischen Gruppierung. Die Mitglieder der Gegenaufklärung betrachten zwei Versionen des Geschehens – Nachlässigkeit oder Diversion von Seiten von Funktionsträgern, die für das genannte Munitionslager verantwortlich sind und die auch seine korrekte Funktion kontrolliert haben.

snanews.de: Russischer Abfangjäger MiG-31 begleitet norwegischen Jet über der Barentssee

Ein russischer Jäger des Typs Mikojan-Gurewitsch MiG-31 ist laut Russlands Nationalem Verteidigungszentrum am Mittwoch gestartet, um ein Patrouillenflugzeug Lockheed P-3C-Orion der norwegischen Streitkräfte über der Barentssee zu begleiten.

Die diensthabende Besatzung identifizierte demnach das Objekt und hob zur Prävention einer möglichen Grenzverletzung ab. Nachdem die P-3C-Orion gewendet habe, sei die MiG-31 zu ihrem Heimatflughafen zurückgekehrt.

Das russische Jagdflugzeug habe seinen Flug unter strikter Beachtung der internationalen Flugregeln absolviert, betonte die Behörde.

Das russische Militär verzeichnet zunehmende Aktivitäten ausländischer Aufklärungsjets- und -drohnen vor den Grenzen Russlands. Der Kommandeur der vierten Armee der Luftstreitkräfte und Flugabwehr des Militärbezirks Süd, Nikolaj Gostew, erklärte etwa im

August, dass die Intensität der Flüge von Nato-Aufklärern über dem Schwarzen Meer sich in diesem Jahr fast verdreifacht habe. Den US-amerikanischen hätten sich auch französische Maschinen sowie taktische Nato-Luftstreitkräfte angeschlossen.



 $\frac{\text{https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/17/1829880 0:258:3071:1985 1920x0 80 0 0 f6531d9}{\text{dd}613e8216e8b782c55b55b0a.jpg}$

snanews.de: Migration aus Belarus: Merkel nennt sie "hybride Attacken" auf EU

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Samstag Minsk sogenannte hybride Angriffe auf die EU-Länder vorgeworfen.

Merkel zufolge werden "wehrlose Menschen aus anderen Regionen als Subjekte hybrider Attacken genutzt". "Ich halte das für vollkommen inakzeptabel, auf dem Rücken einzelner Menschen (…) solche hybriden Attacken auszuführen", so die CDU-Politikerin.

In diesem Zusammenhang appellierte sie an Belarus, die Praxis der Abschiebungen zu beenden. Die Menschen müssten durch internationale Organisationen versorgt werden.

Migrationskrise zwischen Belarus und EU

Die Regierung in Warschau beschuldigt Minsk, gezielt Flüchtlinge an die EU-Außengrenze zu bringen. Als Hintergrund gilt dabei die Aufnahme von belarussischen Oppositionellen durch die beiden EU-Staaten. Laut der litauischen Ministerpräsidentin Ingrida Simonyte sind bereits 3000 Personen auf diesem Weg ins Land gekommen.

Der weißrussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen. Seitdem verlassen Migranten aus dem Nahen Osten Weißrussland in Richtung Litauen, zuletzt nahm auch der Druck auf Polen zu. Seit Anfang August wurden mehr als 4000 Überquerungsversuche gemeldet. Ende August hatte Polen begonnen, an der 418 Kilometer langen Grenze zu Weißrussland einen 2,5 Meter hohen Zaun zu errichten.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0d/3215071 0:33:1843:1070 1920x0 80 0 0 6d9eefaf4 e0770ff09c451d3f2577b22.jpg

abends:

rusvesna.su:**Die Gründe für die heutige Explosion im Öldepot in Donezk sind benannt** Der Telegrammkanal Inside Donetsk berichtet unter Berufung auf eine Quelle aus dem Umfeld der Ermittlungen über die Gründe für den heutigen Vorfall.

"Der Grund für die Explosion im Öldepot in Donezk war ein Sprengsatz, der von einem unbemannten Fluggerät abgeworfen wurde", sagte die Quelle.

"Der Sprengsatz wurde von einer Drohne abgeworfen. Er ging in der Nähe des Epizentrums der Explosion nieder", schreiben die Autoren des Kanals.

Daniil Bessonow berichtet in seinem inoffiziellen Telegram-Kanal über einige Details des heutigen Terroranschlags der Ukraine:

"In Bezug auf den heutigen Brand im Öldepot im Bezirk Kirowskij von Donezk. Am Morgen wurden ukrainische Drohnen bei der Aufklärung über dem Öldepot registriert. In diesem Zusammenhang wurde das Basispersonal evakuiert.

Gegen 12.30 Uhr warf eine der ukrainischen Drohnen einen Sprengsatz auf ein Öllager und

zerstörte dabei 1300 Tonnen Treibstoff. Zwei Drohnen wurden von einer Druckwelle getroffen, sie stürzten ab.

Dies ist der derartige Terroranschlag mit dem Ziel der Zerstörung von Infrastruktur und Industrieanlagen innerhalb einer Woche.

Das Foto zeigt die Fragmente der eingestürzten ukrainischen Drohnen, die einen Sprengsatz

freigesetzt haben.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/1_pozhar_na_neftebaze6.jpg

Dnronline.su: Erklärung des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin im Zusammenhang mit dem Terrorakt im Kirowskij-Bezirk von Donezk

Am 11. September gab es im Kirowskij-Bezirk von Donezk infolge einer Detonation einen Brand im staatlichen Unternehmen "Treibstoffgesellschaft "Neftebasa"".

Ursache des Brandes war der Abwurf eines explosiven Objekts auf das Dach eines Reservoirs. Am Ort des Geschehens wurden Fragmente einer Drohne entdeckt. Die Ergebnisse der Arbeit der Spezialdienste zeugen davon, dass ein weiteres Mal ein terroristischer Akt auf dem Territorium der Republik verübt wurde.

Die Ukraine setzt Methoden der Kriegsführung solcher terroristischer Organisationen wie "Al-Kaida" ein.

Dieser Sachverhalt wird auch durch das gewählte Datum unterstrichen, der 11. September, in der ganzen Welt tragisch bekannt durch den Terrorakt in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Ukraine verstärkt methodisch die Feueraggression auf Objekte der Infrastruktur der Donezker Volksrepublik. Es sind keine zwei Monate vergangen, seit der Gegner versuchte, eine Gasleitung in einem Stadtbezirk von Donezk zu sprengen. In weniger als einem Monat haben die BFU fünfmal zielgerichtet Feuerschläge auf Energieknotenpunkte verübt, die die frontnahen Bezirke der Republik mit Strom versorgen.

Allein in den letzten Tagen gerieten das Sasjadko-Bergwerk, das Dokutschajewsker Gesteinskombinat und Wohnhäuser unter das Feuer der BFU, infolge des gegnerischen Beschusses wurden vier zivile Einwohner verletzt.

Wir rufen die Vertreter der internationalen Öffentlichkeit, insbesondere die OSZE, auf, die Untersuchung dieser Vorfälle zu unterstützen und Einfluss auf die Ukraine auszuüben, um die Wiederaufnahme vollwertiger Kampfhandlungen nicht zuzulassen, die die Ukraine mit solchen Provokationen erreichen will.